

V0299/23

öffentlich



Bündnis 90/Die Grünen, Taschenturmstr. 4, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Scharpf

Datum 27.03.2023

Telefon (0841) 91 06 12

Telefax (0841) 91 00 23

E-Mail fraktion@gruene-ingolstadt.de

Gremium	Sitzung am
Stadtrat	28.03.2023

Schutz Grundwasser

-Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

vor dem Hintergrund der am 18. April .2023 anstehenden Abstimmung über Änderungsanträge der CSU und FW zur laufenden Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms stellen wir den

dringlichen Antrag, folgendes zu beschließen:

Der Stadtrat Ingolstadt bekennt sich zum Schutz des Grundwassers für nachkommende Generationen. Er unterstützt die dringende Bitte des Bayerischen Gemeindetags, des Bayerischen Städtetags, der DVGW, der VBEW und des Verbands kommunaler Unternehmer Bayern und fordert die Regierungsfractionen im Landtag auf, ihre Änderungsanträge zulasten des Wasserschutzes im Zuge der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms zurückzunehmen.

Begründung:

In Artikel 20a des Grundgesetzes sowie in Artikel 141 der Bayerischen Verfassung wird der Schutz unserer Lebensgrundlagen gefordert: „Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist, auch eingedenk der Verantwortung für die kommenden Generationen, der besonderen Fürsorge jedes einzelnen und der staatlichen Gemeinschaft anvertraut.“

Unser Grundwasser geht uns alle an. Deshalb muss sich der Stadtrat hinter die Wasserversorger stellen und ein klares Zeichen setzen. Die drei Anträge der Regierungsparteien zum Landesentwicklungsplan haben die Qualität, den Schutz unseres Grundwassers aufzuweichen und können für erheblichen Schaden auch in unserer Stadt sorgen. Dies gilt es jetzt zu verhindern.

Der Bayerische Gemeindetag hat die Hintergründe in einem Schreiben an die Landtagsabgeordneten bereits ausführlich erläutert. Vier der vergangenen fünf Jahre waren

Trockenjahre und auch heuer rechnen Experten mit einem weiteren Trockenjahr. Der Gemeindetag warnt: „Wiederholen sich die Dürreperioden der letzten Jahre, in Anbetracht der Wassersituation zu Beginn dieses Jahres in Europa, wäre eine Reduzierung der Schutzwirkung in den bestehenden Instrumenten, zu denen das LEP zu zählen ist, fatal. Noch dazu, da im Rahmen der anlaufenden Wasserversorgungsbilanzen die Erhöhung von Qualität und Quantität im Klimawandel im Fokus steht und stehen muss.“

Die Versorger sind sich einig, dass Grundwasser (tief oder oberflächennah) für die Trinkwasserversorgung vorrangig zu allen anderen Nutzungen zu sichern ist. Nicht zuletzt ist demnach die ortsnahe Wasserversorgung in Anbetracht wieder in Europa akuter Gefährdungslagen ein hohes Gut, das es zu sichern gilt. Der Gemeindetag und seine Partner sehen den vorsorgenden Grundwasserschutz und die ortsnahe Wasserversorgung in Bayern in Gefahr:

„Die drei eingebrachte Änderungsanträge zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP) durch die Regierungsfractionen stellen im Zusammenspiel eine nicht akzeptable Aufweichung des Trinkwasserschutzes dar. Insbesondere in Bezug auf zukünftige Entwicklungen erscheint dies unverantwortlich: Wir brauchen deutlich mehr und nicht weniger Grundwasserschutz, um uns für die Folgen des Klimawandels in Bayern zu wappnen. Resilienz ist das Gebot der Stunde. Doch das Gegenteil wäre die Folge der Änderungsanträge.“

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Christian Höbusch (Fraktionsvorsitzender)

gez.

Barbara Leininger (Fraktionsvorsitzende)

gez.

Agnes Krumwiede

gez.

Stephanie Kürten

gez.

Maria Segerer

gez.

Jochen Semle

gez.

Dr. Christoph Spaeth